

Parlamentarischer Vorstoss

2018/628

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Verbindliche politische Bildung an SEK II-Schulen
Urheber/in:	Sara Fritz
Mitunterzeichnet von:	Abt, Altermatt, Augstburger, Bammatter, Bänziger, Brenzikofer, Brodbeck, Brunner, Bühler, Candreia, Eichenberger, Fankhauser, Heger, Hotz, Jaun, Kirchmayr J., Locher, Maag, Mall, Meyer, Mikeler, Müller, Rüegg, Ryf, Schweizer H., Strüby, Stückelberger, von Sury d'Aspremont, Wiedemann, Würth, Zemp
Eingereicht am:	14. Juni 2018
Dringlichkeit:	--

Die Antwort der Regierung auf das Postulat von Martin Rüegg 2013-028 «Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II» zeigt deutlich die Lücken der politischen Bildung an den Gymnasien des Kantons auf. Nun obliegt es dem Landrat, diese Lücken zu schliessen.

An diversen Veranstaltungen (z.B. Jugendforum), die vom Jugendrat organisiert wurden, konnte festgestellt werden, dass die Jugendlichen nur geringe politische Kenntnisse mitbringen. In einem einfachen Quiz mit Fragen zur kantonalen und nationalen Politik erreichte niemand die maximale Punktzahl. Weniger als 35 % wussten, dass es im Kanton Baselland 90 Landräte und Landrätinnen gibt und nur knappe die Hälfte war im Stande, den Landrat als die gesetzgebende Gewalt zu benennen. Der klassische Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte scheint also nur ungenügend auf die politischen Realitäten vorzubereiten.

Für eine direkte Demokratie wie die Schweiz ist es essentiell, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger aktiv am Meinungsbildungsprozess beteiligen und sowohl abstimmen als auch wählen gehen. Bei den letzten Landrats- und Regierungsratswahlen betrug die Wahlbeteiligung weniger als 35 %. Wie in allen Bereichen des Lebens ist es auch in der Politik notwendig, junge Bürgerinnen und Bürger an ihre Rechte und Aufgaben heranzuführen und so nachhaltig eine hohe Partizipation am Meinungsbildungsprozess zu erreichen.

In den bestehenden Lehrplänen gibt es bereits Lernziele und Grundlagen für politische Bildung auf Sekundarschulstufe II (inkl. Berufsfachschulen). Leider ist aber die politische Bildung an den verschiedenen Standorten der Sek II-Schulen des Kantons, gemessen am Umfang und der Weise des Politunterrichts, nicht einheitlich und nicht genügend verbindlich geregelt.

Dies muss sich ändern. Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschulen, der Gymnasien, der FMS und WMS sollen alle in möglichst ähnlichen Gefässen und in gleichem Umfang die Grundlagen der politischen Bildung erlernen.

Der Regierungsrat wird beauftragt, Staatskunde- und Politikunterricht an allen Schulen der Sek II-Stufe für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch und unabhängig vom Standort zu gestalten. Es soll auch mitberücksichtigt werden, dass Berufsfachschulen nicht das gleiche Pensum aufweisen wie Vollzeitschulen.